

- **Kein Krieg gegen Iran!**
- **Rückzug aller ausländischen Truppen aus dem Irak und aus Afghanistan!**
- **Für eine internationale Bewegung gegen Krieg!**

Während kein Ende des Gemetzels im Irak in Sicht ist und der Kolonialkrieg gegen Afghanistan – mit aktiver militärischer Unterstützung Deutschlands – verschärft wird, ist die Gefahr eines noch größeren Krieges gegen den Iran so groß wie nie zuvor.

Einer Studie der John Hopkins Universität zufolge sind infolge der illegalen Invasion des Irak am 20. März 2003 allein bis Juni 2006 schätzungsweise 655.000 Iraker ums Leben gekommen. Mehr als 3.400 amerikanische Soldaten sind ebenfalls gestorben. Unzählige Menschen wurden verwundet und die lebensnotwendige Infrastruktur der irakischen Gesellschaft zerstört.

Doch obwohl sich die amerikanische Bevölkerung in den Kongresswahlen Ende letzten Jahres klar gegen den Krieg ausgesprochen hat, hat die Bush-Regierung ihn mit stillschweigender Unterstützung der angeblich oppositionellen Demokratischen Partei weiter eskaliert und zusätzliche Truppen geschickt.

Die Militäroperation gegen den Iran wird ständig weiter vorangetrieben. Washington zieht die größte Flottenarmada seit der Invasion des Irak am Persischen Golf zusammen, während es den Iran ohne ernsthafte Beweise beschuldigt, den Aufstand gegen die Besatzung im Irak zu schüren und den Bau von Atomwaffen vorzubereiten.

Deutschland hat zwar den Krieg gegen den Irak abgelehnt und befürwortet auch keinen militärischen Angriff auf den Iran. Doch schon die Opposition der rot-grünen Regierung unter Gerhard Schröder (SPD) und Außenminister Joschka Fischer (Grüne) gegen den Irak-Krieg war ausgesprochen halbherzig und verlogen. Während sie sich öffentlich gegen den Krieg aussprachen, arbeiteten sie auf geheimdienstlicher Ebene eng mit den USA zusammen und gestatteten Washington die Nutzung seiner Militärbasen auf deutschem Boden. Dies, obwohl die deutsche Regierung, wie das Bundesverwaltungsgericht in einem Urteil mittlerweile bestätigt hat, nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet ist, diese Nutzung zu untersagen.

Die Regierung der großen Koalition unter Angela Merkel (CDU) weitet diese Zusammenarbeit mit den USA aus. Deutsche Tornado-Kampfflugzeuge beteiligten sich mit militärischer Aufklärung an der Bombardierung Afghanistans, um den Widerstand gegen die Besatzung gewaltsam zu unterdrücken und die amerikanischen Truppen im Irak zu entlasten. Merkel unterstützt den diplomatischen Druck der Bush-Regierung gegen den Iran, während Ex-Außenminister Fischer für ein stärkeres militärisches Engagement Deutschlands im Nahen Osten trommelt.

Deutschland lehnt das militärische Vorgehen der USA nur insofern ab, wie es dadurch seine eigenen Interessen gefährdet sieht. Die Stabilität und Kontrolle über die rohstoffreichen Regionen des Nahen Ostens, Zentralasiens und des Kaukasus sind geostrategisch von enormer Bedeutung. Dies gilt besonders für die deutsche Wirtschaft, die stark wachstums- und exportorientiert ist, ohne über eigene Öl- und Gasvorkommen zu verfügen. Das macht die deutsche „Ablehnung“ eines Krieges gegen Irak und Iran so halbherzig und verlogen. Deshalb beteiligt sich die Bundesregierung am Kolonialkrieg gegen Afghanistan.

Die deutsche herrschende Klasse möchte der amerikanischen nicht die Beute überlassen fürchtet zwar die

## ISSE-Veranstaltung

**KARLSRUHE**

**Dienstag, 15. Mai 2007, 19:00 Uhr**

**Z10 • Studentenzentrum  
Zähringerstraße 10**

Destabilisierung einer wirtschaftlich und politisch wichtigen Region durch das rücksichtslose amerikanische Vorgehen. Noch mehr noch fürchtet sie einen Konflikt mit den USA. Und sie will einen Anteil an der Beute.

Es ist dieselbe herrschende Klasse, die im eigenen Land eine rücksichtslose Umverteilung von unten nach oben betreibt: Steuergeschenke für die Unternehmer, Sozialabbau und Billiglohnarbeit für Arbeitnehmer und Arme, Studiengebühren für Studenten, akademische Billiglöhner für die Wirtschaft. Dies geht einher mit pausenlosen Angriffen auf demokratische Rechte unter Berufung auf den „Kampf gegen Terrorismus“ und einer bösartigen Hetze gegen eine angebliche „Islamisierung“.

Die Linkspartei.PDS spielt eine üble Doppelrolle: Im Bundestag, wo sie nicht an der Regierung beteiligt ist, lehnt sie den Krieg gegen Irak, Iran und Afghanistan ab. Gleichzeitig tut sie alles, um eine Mobilisierung der arbeitenden Bevölkerung gegen den Krieg so weit wie möglich entweder zu verhindern oder ihr die Spitze zu brechen. Sie gehört zum Establishment und verteidigt die bestehende Ordnung. In der Berliner Landesregierung hat sie sich zum Vorreiter eines besonders rücksichtslosen Sozialabbau gemacht.

Vier Jahre, nachdem im Februar 2003 Millionen Menschen in aller Welt auf die Straße gingen, um den Krieg der USA gegen den Irak zu verhindern, ist es höchste Zeit, politisch Bilanz zu ziehen. Obwohl es sich um eine der größten Demonstrationen in der Geschichte handelte und die Opposition der Bevölkerung gegen den Krieg seither noch gewachsen ist, konnte sie den Krieg nicht verhindern. Er wurde intensiviert, und mittlerweile wird ein neuer Krieg vorbereitet.

Der Grund dafür liegt in den politischen Konzeptionen der damaligen Massendemonstrationen. Die Organisatoren waren bemüht den Protest auf die Mühlen der rot-grünen Regierung zu lenken und haben ihn damit in eine Sackgasse geführt. Organisationen wie attac, die eine wesentliche Rolle in der Friedensbewegung spielten, schürten damals systematisch Illusionen in Rot-Grün und haben seitdem jedes ernsthafte Interesse an einer größeren Mobilisierung gegen Krieg aufgegeben.

Eine neue Bewegung gegen den Krieg erfordert eine weiterführende Orientierung. Durch Protest allein kann man weder die herrschende Klasse insgesamt noch eine ihrer Fraktionen zu einer grundsätzlichen Abkehr von der Kriegstreiberei bewegen. Denn diese Politik ist direkt mit dem kapitalistischen System und den Profitinteressen der herrschenden Klasse verbunden. Sie reagiert damit auf grundlegende Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die sich durch die Globalisierung deutlich verschärft haben.

Die globale Integration der Produktion verträgt sich nicht mit dem Privateigentum an den Produktionsmitteln, das von konkurrierenden Nationalstaaten verteidigt wird. Das Ergebnis ist ein Kampf um die Neuaufteilung der internationalen Märkte und Ressourcen.

Diese Quelle der Kriegsgefahr zu überwinden erfordert den Aufbau einer internationalen Bewegung der Arbeiterklasse, die von einer sozialistischen Perspektive angeleitet wird.

Die International Students for Social Equality, Partei für Soziale Gleichheit und die *World Socialist Web Site* werden eine solche Perspektive erläutern und zur Diskussion stellen.

# INTERNATIONAL ISSE STUDENTS FOR SOCIAL EQUALITY

Partei für Soziale Gleichheit  
PSG / ISSE · [psg@gleichheit.de](mailto:psg@gleichheit.de)  
Telefon: (030) 30 87 24 40  
Postfach 040 144 · 10061 Berlin

Weitere Informationen unter: [www.gleichheit.de](http://www.gleichheit.de)

Lest die **World Socialist Web Site**: [www.wsws.org/de](http://www.wsws.org/de)